



20.3024

**Motion Marti Samira.
Dramatische Situation auf Lesbos.
Die Schweiz muss handeln!****Motion Marti Samira.
Situation dramatique
sur l'île de Lesbos.
La Suisse doit agir!**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.09.21

Marti Samira (S, BL): Im Jahr 2019 waren laut UNHCR global über 20 Millionen anerkannte Flüchtlinge auf der Flucht. Der allergrösste Teil von ihnen flüchtet in Drittstaaten in ihrer Region und verbringt dort voraussichtlich das gesamte Leben. Auf der Suche nach einem neuen Zuhause und einer neuen Perspektive schaffen nur wenige von ihnen den weiten Weg nach Europa. Allein im Jahr 2019 sind mindestens 1900 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ertrunken. Einmal in Europa angekommen, findet das Grauen kein Ende. Insbesondere die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln sind in Sachen Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Integration absolut katastrophal. Viele Flüchtlinge warten seit Jahren auf ein rechtsstaatlich faires Asylverfahren, während ihre Kinder im Schlaf von Ratten angefressen werden. Die Suizidrate ist hoch, die Kriminalität steigt an, und die griechische Regierung macht Lager, die eigentlich zum Schutz der Menschen gedacht waren, immer mehr zu Gefängnissen.

Dieses Grauen an den Grenzen Europas muss endlich ein Ende finden. Der griechische Staat ist nicht in der Lage und vielleicht auch nicht gewillt, diese Situation zu verbessern. Viele europäische Länder, darunter auch die Schweiz, beteiligen sich an sogenannten Relocation-Programmen. Doch ich bin der Meinung, die Schweiz kann mehr tun. Aufgrund unserer geografischen Lage im Herzen Europas profitieren wir in hohem Mass vom Dublin-System, und die Anzahl Asylgesuche ist in den letzten Jahren gesunken. Meine Motion fordert deshalb, dass die Schweiz eine substantiellere Anzahl von Geflüchteten aufnimmt, um den Menschen auf der Flucht ihr Recht auf Asyl zu gewährleisten. Damit würde die Schweiz ein starkes Zeichen für unseren Rechtsstaat setzen und vor allem auch an die anderen europäischen Staaten senden und die dringend notwendige Reform des Dublin-Systems voranbringen.

Im Übrigen wird diese Forderung auch von vielen Gemeinden und Städten unterstützt. Sie haben den Bund bereits in der Vergangenheit mehrfach aufgefordert, mehr Menschen mit Rechtsanspruch auf Asyl nach nationaler Gesetzgebung in die Schweiz zu holen und ihnen hier ein neues Zuhause zu bieten.

Ich bitte Sie in diesem Sinn, meine Motion zu unterstützen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat ist der Auffassung, dass eine dauerhafte Verbesserung der Situation in Griechenland durch die Stärkung der Strukturen vor Ort und durch eine nachhaltige europäische Lösung erreicht werden muss. Sie wissen, der Bundesrat verfolgt diese Politik seit Jahren. Er setzt sich auch für eine Reform des Schengen/Dublin-Systems ein, die fair ist. Auch bilateral leistet die Schweiz in Griechenland seit Jahren einen konsistenten Beitrag zur Stärkung der Asyl- und Aufnahmestrukturen. Die Unterstützung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) und weiteren vulnerablen Personen ist dabei ein Schwerpunkt. Ich werde übrigens noch im Oktober nach Athen reisen und dort auch Gespräche mit meinem Ministerkollegen führen.

Es bestehen nach wie vor zahlreiche Herausforderungen, insbesondere angesichts der Corona-Pandemie. Es ist aber auch klar eine Verbesserung der Lage erkennbar. Man kann nicht sagen, dass die griechische Regierung gar nichts mache. Im April 2020 befanden sich noch 40 000 Personen in den Hotspots. Im Juli dieses Jahres waren es weniger als 7000. Auch sind die Ankünfte in Griechenland im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 um 60 Prozent zurückgegangen. Das führte auch zu einer Entlastung der



Asyleinrichtungen. Während dort im Juli 2020 noch mehr als 85 000 Asylsuchende untergebracht waren, waren es im Juli 2021 fast halb so viele. Als Reaktion auf den Brand im Camp Moria auf der Insel Lesbos hat die Schweiz an einem Relocation-Programm der EU teilgenommen und unbegleitete Minderjährige, Kinder und Jugendliche, aufgenommen. Zudem konnten seit Anfang 2020 im Rahmen des Dublin-Verfahrens rund 100 UMA und über 500 weitere Personen mit einer familiären Verbindung zur Schweiz in die Schweiz kommen. Ich möchte Sie bitten, die vorliegende Motion abzulehnen. Sie haben ja die Motion 20.3143 der SPK-N angenommen, bei der es um Griechenland geht. Die Schweiz führt ihre Bemühungen vor Ort weiter und verstärkt sie.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.3024/23820)

Für Annahme der Motion ... 69 Stimmen

Dagegen ... 120 Stimmen

(0 Enthaltungen)